

Ursachen unserer Niederlagen – Perspektiven um wieder zu gewinnen



Anja Mayer, Landesvorsitzende

DIE LINKE. Brandenburg hat einige schwere Wahlniederlagen einstecken müssen. Von knapp 30 Prozent kommend, sind wir bei den Landtagswahlen am 1. September bei nunmehr 10,7 Prozent angelangt. Verluste gab es seit 2009 bei den Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Davon positiv abgehoben haben sich wenige regionale Wahlerfolge. Ich bin überzeugt, dass der kontinuierliche Rückgang beim Wählerzuspruch nicht auf eine einzelne Ursache zurück zu führen ist. Als wir 2009 erstmalig in die rot-rote Regierung eintraten, taten wir dies mit Selbstbewusstsein, Rückhalt in der Bevölkerung und einem großen Sack von Erwartungen an uns. Wir haben im damaligen Koalitionsvertrag u.a. dem deutlichen Abbau der Landesverwaltung zugestimmt und die Bildung einer Enquetekommission zur Vorbereitung einer Verwaltungsstruktur- und Kreisgebietsreform forciert, im Wissen um die vielen negativen Erfahrungen in Brandenburg mit der Kreisgebietsreform 1993 und der Gemeindegebietsreform 2004 und dem Willen, die damaligen Fehler nicht zu wiederholen. Der Abschlussbericht der Enquetekommission liest sich wie eine gute Absichtserklärung – nur hatten sich die Rahmenbedingungen deutlich verändert, als die Verwaltungsstrukturreform in der zweiten Legislatur umgesetzt werden sollte. Das Wahlergebnis 2014 war ernüchternd. Vieles wurde im damaligen Wahlkampfabschluss-

bericht treffend analysiert. In der 2. Legislatur war unser Bild von einer Reihe von Skandalen geprägt, die Partei befand sich nahezu pausenlos in einem Krisenmodus. Die notwendige inhaltliche, strategische, konzeptionelle und strukturelle Arbeit kam zu kurz bzw. blieb trotz guter Ansätze liegen. Ging es doch darum, weiteren Schaden von der Partei und unserer Glaubwürdigkeit abzuwenden. Nicht um ein ansehnlicher Regierungspartner zu sein, sondern um unser selbst willen. Aber: Ermüdung, Demotivation und eine teilweise Resignation waren deutlich spürbar. In der Öffentlichkeit sind unser Ansehen und unsere Glaubwürdigkeit nachhaltig erschüttert. Dies wiederzugewinnen wird länger dauern und ist unser aller Aufgabe. Mangelhaft war auch unsere politische Debattenkultur. Diese Zeit und Energie hätten wir anders nutzen müssen! Erfolge linken Regierungshandelns gab es durchaus und zwar nicht wenige. Erinnerung sei z. B. an den Einstieg in die Gebührenfreiheit bei Kitas, die Verbesserungen beim Betreuungsschlüssel, bei der Einführung von Schulkrankenschwestern, bei der Sicherung der Krankenhausstandorte und dem Start der Pflegeoffensive, beim Kommunalen Investitionsprogramm. Warum konnten wir das nicht hinreichend in die Partei und darüber auch in das Land vermitteln? Lag es daran, dass Regierungsmitglieder und Fraktion für diese Erfolge stellvertretend gekämpft haben und die Partei es nicht geschafft hat, diese gemeinsam mit den Betroffenen zu »unseren Kämpfen« und damit auch »unseren Erfolgen« zu machen? Trotz dieser Erfolge haben wir große Teile unserer Wählerschaft enttäuscht, bzw. den Eindruck hinterlassen, dass wir nichts erreicht haben. Die Tragweite des Personalabbaus in der ersten und die als dessen Fortsetzung wahrgenommene Verwaltungsstrukturreform in der zweiten Regierungsperiode mögen ein Faktor dabei sein. Die von uns gewollte Debatte über

die Verwaltungsstrukturreform war anfangs vom Willen zur Sachlichkeit geprägt, wurde jedoch immer mehr vergiftet. Wir gerieten in Erklärungsnot und vor allem unsere kommunalen Abgeordneten unter Druck. Wesentliche Grundannahmen wurden von der Wirklichkeit ad absurdum geführt. Die Finanzkraft der Kommunen stieg und steigt. Die Bevölkerungsentwicklung verlief und verläuft weniger dramatisch als gedacht. Die dadurch entstehenden Probleme hatte DIE LINKE auf Landesebene genauso wenig auf dem Schirm wie ihr Koalitionspartner. Wesentlich schwerwiegender war jedoch, dass es nicht gelang zur Halbzeit ein politisches und strategisches Zukunftsbild für Brandenburg zu entwerfen. Die Regierung verlor sich im klein-klein der Umsetzung von Koalitionsvorhaben, vieles blieb Stückwerk. Die großen Zukunftsfragen wurden weder gestellt noch beantwortet. Die große Linie bei den Fragen der Mobilität, des bezahlbaren Wohnens und des Klimaschutzes war nicht erkennbar. So verloren wir Vertrauen in unsere Lösungskompetenz und unseren Gebrauchswert als Regierungspartei. Die Wahlkämpfe haben unsere personellen Probleme noch einmal deutlich zu Tage treten lassen. Ohne die solidarische Unterstützung der Kreisverbände untereinander, ohne den aufopferungsvollen Einsatz der Aktiven vor Ort wäre eine flächendeckende Präsenz nicht mehr möglich gewesen. Dass der gesamte Landesverband trotz dieser Probleme einen so engagierten Wahlkampf führte, ist der großen Verbundenheit unserer Mitglieder und ihrem unermüdeten Einsatz zu verdanken. Die Erarbeitung unseres Wahlprogrammes war ein sehr guter und partizipativer Prozess. Der Landesparteitag zum Wahlprogramm nahm trotzdem deutliche Veränderungen vor. Mühsam errungene Kompromisse wurden mit knappen Abstimmungsergebnissen durch radikalere Forderungen ersetzt. Ganze Kreis-



Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Genossin, lieber Genosse, was für ein Jahr 2019! Ich muss sagen, es hätte für DIE LINKE besser laufen können. Die Wahlergebnisse waren nicht berauschend. Aber das Innerparteiliche, das Miteinander in unserem Kreisverband – das hat mich wieder aufgebaut. Unsere Mitgliederversammlung im Dezember war von Fehleranalysen geprägt, wir haben uns gegenseitig Mut zugesprochen. Das hat mir gefallen. Und ich freue mich insbesondere, dass auch viele neue Köpfe mit mir zusammen im neuen Kreisvorstand für DIE LINKE in TF wirken wollen. Die Motivation ist hoch, wir wollen was bewegen. Und das werden wir auch! Wir stellen schon jetzt die Weichen für den Wahlkampf 2021 zur Wiederwahl von Landrätin Kornelia Wehlan. Und wir bereiten uns auf die kommende Bundestagswahl vor – die GroKo hat fertig! Aber jetzt ist erst einmal Besinnlichkeit angesagt: Ich wünsche ein friedliches Weihnachtsfest und uns allen für das Jahr 2020 nur das Beste.

FELIX THIER
Kreisvorsitzender

verbände fühlten sich nicht ernstgenommen und kündigten an, die Entscheidungen im Wahlkampf nicht zu vertreten. Mit einer gespaltenen Partei kann kein verbindender und erfolgreicher Wahlkampf gelingen. Das Wahlergebnis vom 1. September macht deutlich: Wir stecken in einer tiefen Krise und es liegt an uns gemeinsam zu verhindern, dass sie existenzbedrohend wird. Wir benötigen Antworten auf Zukunftsfragen, die wir gemeinsam erarbeiten müssen. Dazu brauchen wir mehr innerparteiliche Debattenräume. Wir benötigen Klarheit und Entscheidungen in lange geführten inhaltlichen Streitfragen und einen kulturvoll gepflegten Diskurs. Wir müssen Zusammenrücken – gerade in einer Zeit, in der wir schwach sind, dürfen wir aktive Mitstreiter nicht vor den Kopf stoßen, weil sie unbequem sind oder quer denken. Wir brauchen jede Genossin und jeden Genossen. Und wir benötigen ein solidarisches Miteinander, in dem das Verbindende in den Vordergrund und das Trennende in den Hintergrund gerückt wird. Wir benötigen eine inhaltliche Fokussierung auf zentrale Themen und die Bereitschaft diese in langen Linien zu bearbeiten, verknüpft mit

Mitgliedergewinnungskampagnen. Die Frage nach unserem Gebrauchswert ist aber wichtiger denn je. In Zeiten, in denen Rechte marschieren, in denen die soziale Ungleichheit eskaliert, internationale Konflikte mehr werden, kann es sich eine linke Partei nicht erlauben, sich in Nabelschau zu verlieren. Es ist die Aufgabe von uns allen, dieser gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden. Das heißt: »uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun.« So wenig wie es die eine Ursache für unsere Misere gibt, so wenig gibt es nur die eine Lösung dafür. Auf den Regionalkonferenzen wurden viele kleine Ursachen, aber auch viele kleine Lösungen, die jetzt in die strategisch-inhaltliche Debatte integriert und aus denen Schwerpunkte herausgefiltert werden müssen. Denn auch wenn es sich momentan nicht so anfühlt: wenn in diesen Landesverband 5.500 Mitglieder gemeinsam an Lösungen arbeiten, an Schwerpunktthemen nach vorn gehen und sich entfalten, gemeinsam davon überzeugt sind, das Richtige zu tun und für eine solidarische und gerechte Gesellschaft brennen und gegen rechte Hetze aufbegehren – dann wird DIE

LINKE auch wieder gesellschaftlich stärker werden. Die Regionalkonferenzen waren Bestandteil einer gemeinsamen umfangreichen Wahlauswertung, mit dem Ziel, viele Perspektiven in die Wahlauswertung einfließen zu lassen und nicht nur eine gleich nach der Wahl aufzuschreiben und zu diskutieren um Schlussfolgerungen zu ziehen. In allen Regionalkonferenzen und bei vielen Besuchen in Kreisverbänden zeigte sich ein großer Wille gemeinsam nach vorn zu diskutieren – dafür danke ich von Herzen! Die Kommunalpolitik ist und bleibt unser Rückgrat und Herz. Mit dem Ergebnis zur Kommunalwahl haben wir ein Drittel unserer Mandate verloren. In vielen Fraktionen fand ein Generationswechsel statt. Wir müssen nun den Wissenstransfer, die Vernetzung und das gemeinsame Arbeiten an Themen organisieren. Es braucht Räume zur Strategie- und Politikentwicklung als langfristiges Projekt, als Diskussionsprozess in langen Linien, als Freiraum, als Ideen- und Zukunftswerkstatt. Bei aller Selbstkritik müssen wir uns aber auch eines vor Augen führen: Die (historische) Aufgabe einer Partei wird nicht nur in ihren aktuellen

Wahlergebnissen gemessen. Wir sind die standhafte und laute Kraft gegen Rechts und für Frieden, die durch unsere klare Haltung derzeit Orientierung bietet. Daneben müssen wir die Eigentumsfrage zum zentralen Aktionsfeld machen und diese immer wieder auf konkrete Landespolitik herunterbrechen. Denn die Eigentumsfrage ist eine zutiefst soziale Frage, eine Frage der Machtverhältnisse und der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir brauchen eine ergebnisoffene innerparteiliche Diskussion »Gutes Regieren«. Wir brauchen einen breiten Diskussionsprozess darüber, was es heißt, die sozialistische Partei inmitten zuge-spitzter gesellschaftlicher Konflikte zu sein. Gesellschaftliche Mehrheiten fallen nicht vom Himmel, sondern müssen erstritten und erkämpft werden. Diesen Prozess zu gestalten ist unsere Aufgabe in den kommenden Jahren. Einen Schritt nach dem anderen.

Anja Mayer, Landesvorsitzende

Auszüge der ersten Analyse nach den Wahlen 2019, komplett nachzulesen auf www.dielinke-teltow-flaeming.de

VON ISABELLE VANDRE

Liebe Leserin, lieber Leser,

vor drei Monaten haben die Brandenburger_innen einen neuen Landtag gewählt. Als Partei sind wir nach wie vor dabei, das für uns desaströse Ergebnis des 1. September aufzuarbeiten und zu diskutieren, welche gesellschaftlichen Entwicklungen zu diesem geführt haben. Es geht aber auch darum, eigene politische Fehler zu identifizieren und unsere gesellschaftliche Rolle als LINKE wieder zu stärken. Uns ist klar: eine starke LINKE braucht es um für gute Löhne und faire Beschäftigungsbedingungen, bezahlbare Mieten, gute Bildungschancen für alle und eine solidarische Gesellschaft ohne Ausgrenzung und Diskriminierung zu streiten. Als neue Fraktion, die aus nur noch zehn Abgeordneten besteht, haben wir die vergangenen Monate intensiv genutzt, um die Arbeit der kommenden fünf Jahre zu strukturieren. Wir haben unsere Wahlkreisverantwortlichkeiten verteilt, einen Vorstand gewählt,

unsere Sprecher_innenfunktionen festgelegt und uns inhaltlich, sowie strategisch auf unsere neue Rolle als Oppositionsfraktion vorbereitet. Die Fraktion werden künftig Sebastian Walter und Kathrin Dannenberg als Vorsitzende, Thomas Domres als Parlamentarischer Geschäftsführer und Marlen Block, als stellvertretende Vorsitzende, leiten. Ich werde in den kommenden fünf Jahren sowohl für Teltow-Fläming, als auch für Potsdam Ansprechperson der Linksfraktion sein. Neben meinen beiden Wahlkreisbüros in Luckenwalde und Potsdam bedeutet dies für mich, dass ich an regelmäßig stattfindenden Wahlkreistagen in den Regionen unterwegs sein und Veranstaltungen durchführen werde. Inhaltlich werde ich in den kommenden Jahren die Themen Wohnungs- und Mietpolitik, Kinder- und Jugendpolitik, Kultur- und Hochschulpolitik bearbeiten.

Mit der Wahl des Ministerpräsidenten und der Anfang Dezember erfolgten Konstituierung der Ausschüsse hat das Parlament nun seine Arbeit voll aufgenommen. Parallel hat die Kenia-Koalition kaum, dass die Mi-



LANDTAG UND KOMMUNE

nisterinnen und Minister vereidigt waren, einen Nachtragshaushalt eingebracht, der im Eilverfahren beschlossen werden soll. Der Hintergrund: Die neuen Regierungsparteien SPD, CDU und Grüne haben sich darauf verständigt, eine Milliarde Euro Schulden aufzunehmen, die über die kommenden fünf Jahre verteilt, ausgeschüttet werden sollen. Auf Grund der ab dem 1. Januar 2020 greifenden Schuldenbremse ist eine Kreditaufnahme jedoch nur noch bis zum Ende des Jahres möglich. Als LINKE erachten wir Investitionen

in Infrastruktur und Daseinsvorsorge immer als wichtig und richtig. Dieses Eilverfahren, in dem »Kenia« nach wie vor nicht sagen kann, wofür die Mittel verwendet werden sollen, sehen wir kritisch. Hinzu kommt, dass die Regierungsfractionen bei einem festgestellten, jährlichen Investitionsbedarf wenigstens so konsequent sein sollten, mit uns die Abschaffung der Schuldenbremse zu fordern. Dem schlossen sich SPD, CDU und Grüne jedoch leider nicht an – nicht einmal zu einer Überweisung unseres Antrages in den Finanzausschuss konnten sie sich durchringen.

Kontakt:

**Isabelle Vandre, MdL
Fraktion DIE LINKE.
im Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam
Telefon: 0331/9661533
E-Mail: isabelle.vandre@linksfraktion-brandenburg.de
Facebook: [facebook.com/
isabelle.vandre](https://www.facebook.com/isabelle.vandre)**

VON ANKE DOMSCHEIT-BERG**Der mühsame Kampf für ein schnelleres Netz****BUNDESTAG UND KOMMUNE**

Im Internet mal schnell ein Kuchenrezept nachschlagen, per WhatsApp ein Bild schicken oder Geschenke online bestellen – völlig selbstverständlich im Jahr 2019. So selbstverständlich das für die meisten von uns ist, so schwierig gestaltet sich die Lage für viele Menschen im ländlichen Raum: In ihrem Bestreben, das alte und im ländlichen Raum noch verbreitete ISDN-Netz durch die modernere IP-Technik zu ersetzen, schaltet die Telekom alle ISDN-Anschlüsse vier Monate nach einer Kündigungsbenachrichtigung ab. Bis zum Jahresende sollen alle Anschlüsse auf neue Technologien



Michal Jarmoluk/pixabay.com

umgestellt sein. Das Abschalten der ISDN-Verbindung bedeutet aber, dass einige Betroffene nach der Abschaltung keinen Telefon- und Internetanschluss mehr haben oder nur auf dem Papier. Denn die Telekom bot ihnen Verträge an, die sie gar nicht umsetzen konnte. Nachdem mich mehrere Beschwerden durch Betroffene aus Brandenburg und Umgebung erreichten, beantragte ich, dass sich der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur mit dem Thema beschäftigt. In den beiden Sitzungen zu dem Thema wurde fraktionsübergreifend schnell klar, dass Handlungsbedarf

seitens der Bundesregierung und insbesondere der Bundesnetzagentur (BNetzA) besteht. Die Bundesregierung schien jedoch einerseits ungenügend informiert und andererseits nicht gewillt, sich stärker zu engagieren. Die Haltung der BNetzA passte leider nicht zu ihrer Rolle als Verbraucherschutzbehörde. Weder wie viele Haushalte, noch wie viele kritische Stellen (Krankenhäuser, Polizei oder Feuerwehr) betroffen sind, wusste die BNetzA, versicherte aber, sich in wichtigen Fällen innerhalb von Stunden um eine Problemlösung zu bemühen. Den Universaldienst mit Telefon-

und Internetanschlüssen, den die Deutsche Telekom bereitstellt, sah sie dennoch nicht verletzt. Auf die Frage, ab wann denn ein Internetanschluss als »funktionaler Internetanschluss« im Sinne des Universaliengesetzes gilt, erfuhr ich, dass das im Telekommunikationsgesetz nicht klar geregelt ist und deshalb aktuell eine Geschwindigkeit von 56 Kb/s als »funktionaler Internetzugang« gilt. Das ist kaum zu glauben, denn 56 Kb/s waren vor über 20 Jahren Stand der Technik. Mit dieser Geschwindigkeit bräuchte man z. B. 19 Minuten, nur um die Startseite von bundestag.de aufzurufen und 9 Minuten, um das Beschwerdeformular der Bundesnetzagentur zu laden. Das kann so natürlich nicht bleiben, deshalb wird dieses Thema auch in der nächsten Beiratssitzung der Bundesnetzagentur zur Sprache kommen. Wir bleiben dran.

Kontakt:

Anke Domscheit-Berg, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030/227 731 07
Telefax: 030/227 761 07
E-Mail: anke.domscheit-berg@bundestag.de

VON NORBERT MÜLLER**Jugendarmut endlich wirksam bekämpfen**

Reiche Bescherung? Vielen Jugendlichen ist dieser Wunsch weder zu Weihnachten noch im Rest des Jahres erfüllt. Keine Altersgruppe ist so sehr durch Armut bedroht wie die der jungen Erwachsenen. Allein das ist ein Skandal. Dass ausgerechnet dieser Gruppe von Seiten des Jobcenters die meisten und härtesten Sanktionen erteilt werden, schlägt dem Fass den Boden aus. Die im November erschienenen Studien von AWO und Deutschem Kinderhilfswerks bestätigen leider erneut, was wir bereits aus den bloßen Statistiken zur Einkommenssituation der Haushalte ablesen können. So ist die Armutsgefährdungsquote von Kindern und Jugendlichen in der ganzen Republik höher als die von Erwachsenen. Wobei sich hier deutliche regionale Unterschiede abzeichnen. Generell kann ge-

sagt werden je höher der Anteil der Armen in einem Bundesland, umso größer ist auch der Anteil der armutsgefährdeten Kinder. Gravierend hinzu kommt: Desto größer ist auch der Unterschied der Quoten von Minderjährigen und Erwachsenen, ergo die spezifische Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen. So ist beim Schlusslicht Bremen mehr als jedes dritte Kind armutsgefährdet, aber »nur« jeder fünfte Erwachsene. Wie sich die Lage junger Menschen im Zuge der drohenden wirtschaftlichen Rezession weiter verschlechtert, wenn jetzt nicht gehandelt wird, möchte ich mir gar nicht ausmalen. Gerade die Langzeitstudie der AWO zeigt auf, was mögliche Auswege aus der »Vererbung« von Armut sind. Ihr zufolge sind es vor allem monetäre Leistungen und außerfamiliäre Unterstützungssysteme, die Jugendliche dazu befähigen ihr Erwachsenenleben ohne finanzielle Not zu gestalten. Wo diese fehlen, wird ein

**BUNDESTAG UND KOMMUNE**

armes Kind auch zu einem armen Erwachsenen. Die Forderungen der AWO nach einer einkommensabhängigen Kindergrundsicherung unterstütze ich daher nachdrücklich. Aber auch Auszubildendenvergütungen und BAföG sind alles andere als armutsfest. Anstatt Jugendprojekte wie in den vergangenen Jahrzehnten zu kür-

zen, brauchen wir eine Offensive für die Kinder- und Jugendhilfe, in der Heimerziehung, bei Jugendclubs, in der Beratung und Begleitung junger Menschen. Die Sanktionierung im Hartz-IV-System muss endlich abgeschafft werden, so wie es auch schon die Kinderkommission des Bundestags während meiner Vorsitzzeit gefordert hat. Wir brauchen einen echten Aufbruch statt immer neuer halbgarer Versprechen. Als LINKE werden wir weiter genau dafür kämpfen.

Kontakt:

Norbert Müller, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 03385/49 45 21
Telefax: 03385/49 45 22
E-Mail: norbert.mueller@bundestag.de

Die Mauer und der Freie Fall danach

Die medialen Jubeltage sind vorbei und mit jedem Jahr nach der Grenzöffnung werden die Folgeerscheinungen deutlicher. Die verständliche Freude über die neue Freiheit fand sorgfältige Medienunterstützung, die friedliche Revolution hat in der Geschichtsschreibung berechtigt einen würdigen Platz der Anerkennung ostdeutscher Demokratiebewegung gefunden.

Es ist nicht überraschend, dass Ursachen und Abläufe der friedlichen Revolution unterschiedlich interpretiert werden. Es überwiegt der Eindruck einseitiger Betrachtungsweise zum Ereignis der Grenzöffnung für die symbolisch der Begriff Mauerfall geprägt wurde.

30 Jahre Zeitgeschichte beanspruchen Objektivität in der Bewertung von Ereignissen. So ist es beispielsweise nicht zutreffend, die politischen und ökonomischen Probleme in der DDR so darzustellen, als wäre die Wiedervereinigung die Grundforderung der Bürgerinnen und Bürger im November 1989 gewesen. Die über 70.000 Leipziger demonstrierten für Meinungs- und Reisefreiheit und forderten Gewaltlosigkeit. Auf einer Versammlung von 800 Theaterschaffenden schlug die Schauspielerin Jutta Wachowik vor, am 4. November 1989 eine Kundgebung für eine demokratische DDR durchzuführen. Über 20 Redner schilderten ihre Vorstellungen zum Reformbedarf vor einer halben Million Teilnehmern und noch mehr TV-Zuschauern. Politisch bedeutsam wurden Runde Tische. Bemerkenswert ist die Ausarbeitung des Entwurfs einer neuen Verfassung für die

DDR. Der Gestaltungsanspruch »Wir sind das Volk!« ist später in »Wir sind ein Volk!« umdefiniert worden. Chronologisch begann damit eine neue Etappe der friedlichen Revolution. In den Regierungskreisen der BRD und nicht nur dort wurde die Chance zur politischen Beeinflussung der Ereignisse erkannt. Leider blieben Gespräche auf Regierungsebene mit unserem Ministerpräsident Hans Modrow ohne zufriedenstellende Resultate.

Die gewaltfreie Revolution

Im Zusammenhang mit der Öffnung der Grenzübergänge zur BRD ist die Feststellung falsch, dass die Nichtanwendung von Waffengewalt bei Demonstrationen dem Einschreiten von Michael Gorbatschow zu verdanken sei. Egon Krenz hat in seinem Buch »Wir und die Russen« ausführlich dargestellt, dass sein Befehl zum Einsatzverbot von Schusswaffen vom 3. November ohne Vorgaben aus Moskau gegeben wurde. Ebenfalls belegt sind die Konsultationen mit dem Oberkommandierenden der sowjetischen Streitkräfte in Wünsdorf, Armeegeneral Snetkow, zum Kasernenverbleib und Manöververzicht auf Initiative der DDR-Führung. Für die Schutz- und Sicherheitsorgane verbot sich Gewaltanwendung gegen die eigene Bevölkerung.

Aus eigener Aufgabenstellung können Maritta Böttcher und ich als Vorsitzende der Kreiseinsatzleitungen für Jüterbog und Luckenwalde diesen damals geheimen Befehl Nr.11/89 mit elf Untertiteln als Befehlsempfänger bestätigen. Die Anwendung der Schusswaffe im Zusammenhang

mit örtlichen Demonstrationen wurde grundsätzlich verboten. Für uns 1. Sekretäre der Kreisleitungen stand die politische Offensive im Mittelpunkt aller Anstrengungen.

So fand am 5.11.1989 das 1. Luckenwalder Gespräch mit über 1.200 Teilnehmern im Stadttheater statt. Der offene Meinungsaustausch mit tumultartigen Unterbrechungen dauerte an diesem Sonntag über fünf Stunden. Die Montagsdemonstrationen mit bis zu 2.000 Teilnehmern richteten sich gegen die SED, gegen die Reisebeschränkungen und auch gegen Amts- und Machtmissbrauch. Politische Forderungen bezogen auf den Beitritt oder Anschluss an die BRD traten vereinzelt auf. Erst mit der Vorbereitung der Wahlen zur Volkskammer begann auch in Luckenwalde die Einflussnahme der bundesdeutschen Parteien auf die hiesigen Parteistrukturen der Blockparteien.

30 Jahre ohne Mauer

Zweifellos hat der Zugewinn persönlicher Freiheiten die Gesellschaft grundlegend verändert und letztlich zur Polarisierung beigetragen. Ob das Scheitern des Sozialismus die Welt besser und sicherer gemacht hat, bleibt eine Kernfrage mit unterschiedlicher Beantwortung. Scheinbar erfüllte Sehnsüchte nach Freiheit sowie die gegenstandslos gewordene Systemauseinandersetzung mit dem Sozialismus könnte doch mehr Mittel und Möglichkeiten für die soziale und ökologische Entwicklung der Länder freisetzen. Der Konjunktiv steht, weil das Erscheinungsbild der heutigen Gesellschaft

von einer Glaubwürdigkeitskrise geprägt ist. Unzufriedenheit über Politik breitet sich aus, die Parteiverdrossenheit wächst. Die Regierungsparteien können oder wollen nicht gegensteuern, weil die eigene Machtausübung Priorität hat. Selbst Denkwahlwahlen sind für CDU und SPD kein Alarmsignal, Problemlösungen ohne Parteenegoismus auf den Weg zu bringen. Kürzlich hat die CDU auf dem Leipziger Parteitag ihre Alleinstellungsmerkmale gesucht und konstatiert, sie wolle als »Partei der Mitte« die schwierigen Herausforderungen lösen, weil der linke und rechte Rand stärker geworden ist. Dabei müsse man sich unbedingt gegen Demokraten von links wie Bodo Ramelow abgrenzen. Geht's noch? In dieser Hinsicht existiert sie noch, die Mauer in den Köpfen von Politikern des Westens. Es macht betroffen, wie die Deindustrialisierung Ostdeutschlands die heutigen Sozialprobleme verschärft hat. Die Lebensumstände vieler Ostdeutscher werden ignoriert.

Aus den Folgeerscheinungen von verfehlter Politik werden Herausforderungen der Zeit.

Kaum ein Lebensbereich ist nach dem Mauerfall unproblematischer geworden. Rentenpolitik und Altenpflege, Infrastruktur und Energiepolitik sowie weitere Politikfelder verlangen neue Lösungswege. National wie international hat der Fall der Mauer als Grenze zwischen zwei Weltsystemen keine Gesundung des politischen und ökonomischen Weltklimas bewirkt.

Jürgen Akuloff, Luckenwalde

Gedanken zum 30. Jahr des Mauerfalles

Ich gebe es ehrlich zu, als die Mauer 1961 gebaut wurde, hat mich das wenig berührt. Ich war erst zehn Jahre, lebte weit weg von Berlin in einer kleinen thüringischen Kurstadt und so richtig hatte ich deren Bedeutung damals ja auch gar nicht verstanden, zumal ich sehr wenig darüber hörte von den Erwachsenen in meinem Umfeld. Mittlerweile selbst in Berlin wohnend, erinnere ich mich an einem Besuch des Brandenburger Tores im Jahre 1970. Ich war damals FDJlerin und unsere Gruppe durfte in eines der Torhäuser am Bran-

denburger Tor, wo uns der Berliner Stadtkommandant empfing ... und einiges zum Mauerbau erzählte. Damals war vom sozialistischen Bollwerk die Rede und das damit das weitere »Ausbluten« unseres Landes verhindert wird ...

Nach 27 Jahren fiel die Mauer, ein unglaubliches Szenarium und jeder der das damals miterlebte, wird sich auf seine ganz persönliche Art und Weise daran erinnern.

Heute ist von der Mauer nicht viel mehr übriggeblieben als Erinnerungsorte, so wie in der Bernauer Straße,

die ich am 12. November 2019 zum ersten Mal besuchte. Der historische Ort erstreckt sich auf 1,4 km Länge über den ehemaligen Grenzstreifen hinweg. Die Häuser, die damals dort standen, sind abgerissen und nur einige Fundamente zeugen heute noch von ihrer Existenz.

Dramatische Szenen spielten sich dort ab, mussten doch die Bewohner der »Grenzhäuser« in wenigen Stunden ihre Häuser verlassen, bevor deren Fenster und Türen zugemauert wurden und die vollständige Abriegelung der Sektorengrenze

ab dem 13. August auf besonders »gewalttätige« Art und Weise vollzogen wurde. Von einem Tag auf den anderen konnten die Menschen ihre gewohnten Wege nicht mehr gehen. Sie wurden von ihren Nachbarn, Freunden, Kollegen und Verwandten getrennt. Auf sehr beeindruckende Weise zeugen stumme Zeitzeugen von diesem Vorgang und erzählen Menschen von ihrem Schicksal. Das macht betroffen, auch im 30. Jahr des Mauerfalles.

Sabine Gumpel, Jüterbog

Volkstrauertag in Teltow-Fläming



Auf dem Friedhof in der Gemeinde Niedergörsdorf, OT Altes Lager, fand die zentrale Gedenkveranstaltung des Landkreises Teltow-Fläming zum Volkstrauertag 2019 statt. Nach einer sehr bewegenden Rede der stellvertretenden Niedergörsdorfer Bürgermeisterin, Andrea Schütze, und Texten zum Gedenken, vorgetragen von Schülerinnen, wurde der Kriegsofopfer gedacht. In einer kurzen Gedenkrede am Opferkreuz warb die Landrätin, Kornelia Wehlan (DIE LINKE), dafür, dieses unsägliche Leid durch Kriege niemals zu vergessen. Anschließend wurden Kränze niedergelegt. Mit zugegen waren Monika Nestler, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Kreistag und Maritta Böttcher, 2. stellvertretende Vorsitzende des Kreistages. ▶



◀ Der Stadtverband DIE LINKE. Luckenwalde gedachte auch in diesem Jahr am Volkstrauertag auf dem Luckenwalder Waldfriedhof am sowjetischen Gräberfeld den Opfern der faschistischen Gewaltherrschaft. Felix Thier, Kreisvorsitzender, nahm an diesem Gedenken teil.



◀ Die Stadt Jüterbog gedachte der Kriegstoten auf dem Friedhof in Kloster Zinna. An der Zeremonie nahm auch Peter Hacke, Mitglied im Regionalvorstand TF Süd, teil.

Wider den Antisemitismus!

Am 9. Oktober kam es zu einem antisemitischen Anschlag in Halle (Saale). Die verschlossene Tür der Synagoge konnte ein Massaker an Jüdinnen und Juden verhindern. Aus Frustration darüber brachte der Täter zwei andere Menschen brutal und kaltblütig um.

Antisemitismus ist in Deutschland immer noch allgegenwärtig; sowohl von rechts, von religiöser, aber auch von linker Seite. Ganz gleich, ob in Form von Beleidigungen, wie »du Jude(nsau)« auf Schulhöfen und bei Sportveranstaltungen, den verbalen Entgleisungen von Politikern, wie Stephan Brandner und Donatus Schmidt (beide AfD) oder die Infragestellung des Staates Israel (Antizionismus). Sogar DIE LINKE hat und hatte in der Vergangenheit so ihre Schwierigkeiten sich im Nahostkonflikt zu verorten, wie der Umgang mit BDS (Boycott, Divestment and Sanctions) deutlich aufzeigt.

Der Kampf gegen jedweden Antisemitismus, der im Holocaust des Nationalsozialismus seinen schrecklichen Höhepunkt fand, ist Teil unserer Identität. Dieses beispiellose Verbrechen öffentlich zu mahnen, ist Kernaufgabe linker Politik. Bei netten Worten darf es jedoch nicht bleiben, Taten müssen folgen. Wir sollten daher im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten jede Gelegenheit nutzen, um

uns mit jüdischem Leben zu solidarisieren und verbunden zeigen. Einer dieser Anlässe war zum Beispiel der 9. November.

Auf Initiative der evangelischen Kirchengemeinde fand anlässlich der Reichskristallnacht eine Veranstaltung auf dem jüdischen Friedhof statt. Pastorin Daser fand bewegende Worte, die an die Gräueltaten Nazideutschlands erinnerten. Sie zeigte auf, welche Parallelen es zur heutigen Geschichte gibt. Politiker werden in Parlamente gewählt, die laut Gerichtsbeschluss Faschisten genannt werden dürfen. Sie forderte alle demokratisch gesinnten Kräfte auf, eine Wiederholung dieser Geschichte nicht zuzulassen. Enttäuschend für mich war, dass nur sehr wenige Mitglieder der Partei DIE LINKE anwesend waren. Der Vorschlag einer Basisgruppe, nach dem Vorfall in Halle zu diesem Thema Gesicht zu zeigen, hat weder den Kreis- noch den Stadtverband wirklich erreicht. Ist dieses Thema anlässlich der Feierlichkeiten zum 30. Jahrestages der Maueröffnung in den Hintergrund gerückt? Eine stärkere Auseinandersetzung mit jüdischem Leben hinter den Stolpersteinen, hinter denen ein menschliches Schicksal steckt, wie es Pfarrer Riemer im Anschluss darlegte, sollte auch für uns Priorität haben.

Martin Zeiler, Luckenwalde

L E S E U L E



Winter-Zeit – Zeit für Märchen

Viele unserer Leser haben sich schon oft gefragt, warum Märchen auch auf Erwachsene eine unwiderstehliche Anziehungskraft ausüben. Liegt es daran, dass wir als Kleinkinder zuerst mit Märchen oder märchenhaften Geschichten aufgewachsen sind? Gefällt uns, dass in diesen immer das Gute über das Böse siegt? Oder sind es die Kämpfe, die Menschen seit ihrer Existenz bestehen müssen, um ein sinn- und würdevolles Leben zu führen? Am bekanntesten sind uns deutschen Lesern die von den Gebrüdern Grimm gesammelten Volksmärchen oder die von Hans Christian Andersen. Viele sowjetische Filme zeigen die reiche Märchenwelt der Völker Russlands. Ich stieß während einer Urlaubsreise auf die deutsche Übersetzung von Puschkin-Märchen. Der Verfasser, Alexander Sergejewitsch Puschkin (1799–1837), gilt auch im heutigen Russland als Schöpfer der russischen Literatursprache. Seine zwischen 1817 und 1833 in Versen verfassten Märchen spiegeln, in bildhafter Sprache, die Sagen- und Märchenwelt des zaristischen Russland wieder. Mutige Recken, die für Gerechtigkeit und echte Liebe, gegen Hass, Geiz und Gier mit Bärenkräften kämpfen, spielen genauso eine wichtige Rolle wie einfache Fischer oder kluge Diener, die andere mit ihrer Weisheit und Pffigkeit überlisten. Interessant finde ich Parallelen zu deutschen Märchen. Die Handlung von »Schneewittchen« erscheint als Parallele im »Märchen von der toten Zarentochter und den sieben Recken«; auch im »Märchen vom Fischer und dem Fischlein« zeigen sich ähnliche Handlungen wie im deutschen Märchen »Der Fischer und sein Frau«.

Puschkin fügt bei einigen Märchen seine eigene Absicht mit dem Schreiben des Textes hinzu. Ich als Leser erfahre auch, welche Wirkung das Schreiben von Märchen auf ihn gehabt hat:

*»So habe ich in Mußestunden,
Da ich dem dunklen Altertum
Gehorsam sang dies Lied zum Ruhm,
Den Gleichmut wiederum gefunden,
Um all die Kränkung zu vergessen,
Die mir Verleumder angetan,
Von dummer Ränkesucht besessen«*

Der Reiz dieser russischen Ausgabe in ausgezeichneter deutscher Übersetzung wird durch farbige Illustrationen von Künstlern des historisch bedeutsamen Zentrums der Ikonmalerei und Lackminiatur Palech wesentlich erhöht.

Puschkin hat außer Märchen, Romane, Novellen, Gedichte geschrieben, die ich als Leserin des 21. Jahrhunderts immer noch spannend finde. Puschkin zu lesen bereitet mir geistigen Genuss.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal



Für eine Zukunft frei von Hartz IV und Armut – Eine kritische Bilanz nach 15 Jahren Hartz IV

Von Katja Kipping

Am 1. Januar 2020 sind die Hartz-IV-Gesetze 15 Jahre in Kraft. Ich nehme das zum Anlass für eine kritische Bilanz, einen Blick nach vorn und einen Dank.

Armut per Gesetz

Unsere Partei hat seit seiner Erfindung Hartz IV kritisiert. Was mussten wir uns anhören, als wir plakatierten: Hartz IV ist Armut per Gesetz. Doch wir können das mit offiziellen Zahlen untermauern. Die Armutlücke, also die Differenz zwischen der durchschnittlichen Hartz-IV-Leistung und der Armutsgrenze beträgt inzwischen über 390 Euro im Monat. Das heißt, ein Alleinstehender in Hartz IV, der keine weiteren Einkommen hat, lebt rund 390 Euro unter der Armutsgrenze.

Unterm Damoklesschwert Sanktionen

Mehr als jeder dritte Widerspruch gegen Sanktionen bekommt ganz oder teilweise Recht. Das heißt, im Alltag werden Sanktionen vorgenommen, die selbst nach den harten Gesetzen keinen Bestand haben. Menschen wird also unrechtmäßig das Existenzminimum gekürzt. Menschen, die in der Regel kein finanzielles Polster haben. Auch Kinder sind indirekt davon betroffen: 2018 lebten rund 33 Prozent der Sanktionierten mit Kindern zusammen. Sanktionen gefährden also auch das Kindeswohl.

Karlsruhe schiebt Riegel vor bisherige Sanktionspraxis

Das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts bestätigt: Es gibt

ein Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum: »Insbesondere die Menschenwürde ist ohne Rücksicht auf Eigenschaften und sozialen Status wie auch ohne Rücksicht auf Leistung garantiert; sie muss nicht erarbeitet werden, sondern steht jedem Menschen aus sich heraus zu.«

Das Gericht hat einen Riegel vor die bisherige Sanktionspraxis geschoben. Nun müssen wir den politischen Kampf um die Neuregelung führen. DIE LINKE wird sich dabei für Sanktionsfreiheit einsetzen. Was mich besonders froh stimmt: Der Widerstand gegen die Sanktionen ist in den letzten Jahren immer mehr gewachsen. Wir werden immer mehr.

Arbeitsvermittlung mit Drehtüreffekt

Übrigens stellt die Regierung für die Arbeitsvermittlung von Hartz-IV-Betroffenen pro Kopf nur ein Fünftel der Summe zur Verfügung, die in der Arbeitslosenversicherung zur Verfügung steht.

Kein Wunder, wenn dann jede zweite Arbeitsaufnahme nicht aus dem Hartz-IV-Bezug herausführt und mehr als jede dritte Arbeitsaufnahme kürzer als sechs Monate dauert. Hartz IV – das bedeutet eben auch Arbeitsvermittlung mit Drehtüreffekt. Kaum ist man raus, ist man schon wieder drin.

Angriff auf Arbeitsstandards

Im Zuge von Hartz IV hat die Bereitschaft zugenommen, schlechte Jobs anzunehmen. Hartz IV – das ist also auch ein Angriff auf Arbeitsstandards und Löhne. Umso absurder ist es, wenn die Hartz-IV-Fraktionen

den Eindruck erwecken, niedrige Regelsätze seien im Interesse der hart arbeitenden Menschen.

Natürlich, die Beschäftigten verdienen mehr. Deshalb unterstützen wir ja ihre Kämpfe um höhere Löhne. Was jedoch hat z. B. die Pflegekraft davon, wenn es den Hartz-IV-Betroffenen weiterhin schlecht geht? Kann sie davon ihren Kindern auch nur ein Paar Schuhe mehr kaufen? Nein.

Blick nach vorn

15 Jahre Hartz IV – ist auch ein Anlass nach vorne zu schauen. Es ist höchste Zeit, Hartz IV zu überwinden durch gute Arbeit, die zum Leben passt, eine verbesserte Arbeitslosenversicherung, eine eigenständige Kindergrundsicherung sowie eine sanktionsfreie Mindest-

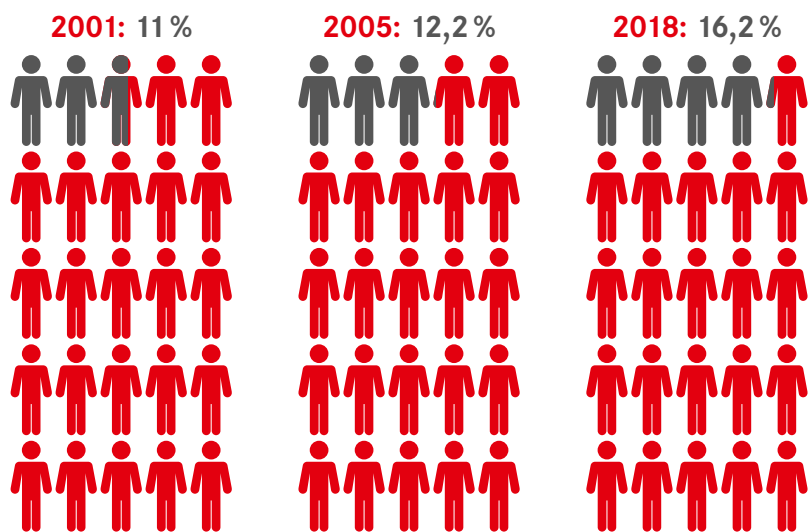
sicherung. Freiheit von Armut für alle ist möglich!

Wo Solidarität praktisch wird

An dieser Stelle möchte ich einmal danke sagen: Mein ganzer Respekt gilt den vielen Initiativen, die weiter beharrlich gegen Hartz IV kämpfen, die unabhängige Beratung leisten und die deutlich machen: Keiner muss allein zum Amt. Sie leisten tagtäglich praktische Solidarität. Ihr Einsatz ist eine wahre Leistung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Lasst uns gemeinsam weiterkämpfen! Und zwar solange, bis Hartz IV und Armut in die Geschichtsbücher verdammt sind. Für eine Zukunft ohne Hartz IV und frei von Armut.

Anteil Einkommensarme an Bevölkerung



Quelle ?



Politfrühstück in Blankenfelde-Mahlow

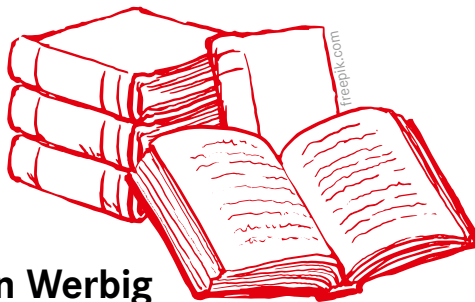
Wir veranstalteten am 16. November ein Politfrühstück zur aktuellen Situation der Partei. Ziemlich einig waren wir uns darin, dass es keine allgemeine Krise der Gesamtpartei gibt, da wir vor allem im Westen Deutschlands, aber auch in Berlin und in Teilen Ostdeutschlands wachsenden Zuspruch erleben. Jedoch gibt es eine Krise der LINKEN in Brandenburg und Sachsen, wie

die letzten Landtagswahlen eindrücklich zeigten. Als Gründe identifizierten wir u. a. unsere gesunkene personelle Verankerung in den Kommunen und zu geringe Nutzung der sozialen Medien. Zudem liefen unsere Themensetzungen in den letzten Jahren offenbar an den realen Nöten und Bedürfnissen der Menschen vorbei. Zukünftig muss deutlicher

werden, was genau anders läuft, wenn DIE LINKE im Land mitregiert. Wir sprachen auch über das Ergebnis der letzten Kommunalwahlen und kamen zu der Einschätzung, dass es uns bisher nicht gelungen ist, die seit 2014 neu Zugezogenen zu erreichen.

Alexander Fröhlich,
Blankenfelde-Mahlow

Bundesweiter Vorlesetag am 15. November 2019



Ludwig-Achim-von-Arnim-Grundschule in Werbig

Nun schon zum dritten Mal war ich auch in diesem Jahr ein gewünschter Vorleser.

Damals als zuständiger Sozialarbeiter und jetzt als Rentner war die Freude beim Vorleser und bei den Zuhörern der 4. Klasse riesengroß. Aber eigentlich ging es nicht nur um das einfache Zuhören sondern auch um das Mitmachen.

Dieses Mal lautete das Motto des Vorlesetages: »Sport und Bewegung«. Und mit Bewegung wurde auch begonnen. Zehn Liegestütze machte ich vor und bat die Kinder auch zum Mitmachen. Das kam gut an (auch beim mitmachenden Lehrer). Die erfolgreiche Beteiligung wurde auch belohnt.

Noch ein bisschen außer Atem gings

dann ans Vorlesen. Und welches Märchen passt am Besten zur Bewegung? Natürlich – »Wettlauf zwischen Hase und Swinegel« der Gebrüder Grimm. Den meisten Kindern war das Märchen bekannt und bestimmte Stellen wurden nach-erzählt. Besonders die farbigen Bilder im Märchenbuch aus dem Jahre 1957 lösten Bewunderung aus und auch die Tatsache, dass mir selbst als Kind aus diesem Buch schon vorgelesen wurde.

Dann war der Sportreporter Heinz Florian Oertel dran. Der in einem seiner Bücher dem »Super-Waldemar« einen Abschnitt widmete. Beim Vorlesen sollten die Kinder erraten, welche Sportstrecke 42,195 km lang ist. Na, wären sie als

Leser drauf gekommen? Na klar, der Marathonlauf, den auch die Kinder beim weiteren Vorlesen erkannten. Dabei wurde auch der Olympische Gedanke – friedlicher Wettstreit – betrachtet, der schon im damaligen Griechenland eine bedeutende Rolle spielte und heute manchmal vergessen wird, so die Bemerkung einiger Kinder. Sport in Frieden und Fairness war für alle Zuhörer eine wichtige Erkenntnis. Mit dem Laurentia-Tanz ging dann auch die Vorlesestunde sportlich und mit Lachen zu Ende. Die Einladung für die nächste Vorlesestunde liegt schon vor.

Manfred Thier, Luckenwalde

»Bei der Feuerwehr wird der Kaffee kalt«

Der Bundesweite Vorlesetag ist seit 2004 Deutschlands größtes Vorlesefest und eine gemeinsame Initiative von DIE ZEIT, Stiftung Lesen und Deutsche Bahn Stiftung. Jedes Jahr am dritten Freitag im November setzt der Aktionstag ein öffentliches Zeichen für die Bedeutung des Vorlesens und begeistert Kinder und Erwachsene für Geschichten. Als ich damals davon las, war für mich klar: Ich bin dabei! Nicht nur, weil ich als studierte Deutschlehrerin einen berufsbedingten Zugang zum Lesen habe. Ich war schon als Kind eine Leserratte und habe bereits in meiner eigenen Schulzeit an Lesewettbewerben teilgenommen. Ich bin zutiefst überzeugt, dass Lesen und Zuhören wichtige Voraussetzungen für das Leben insgesamt sind. Ich suche meistens Bücher aus, die mich, meine Kinder und inzwischen auch meine Enkelkinder begeistert haben. In diesem Jahr habe ich die lustige Feuerwehrgeschichte ausgesucht. Ich habe in der Geschwister-Scholl-Schule in Jüterbog in der Flex-Klasse gelesen und in der KITA Pittiplatsch in Kloster Zinna. Es hat den Kindern, der Lehrerin und den Erzieherinnen Spaß gemacht und

ich war ebenfalls sehr glücklich. Ich musste schmunzeln, als ich hörte, dass auch die inzwischen Erwachsenen dieses Buch kannten und lieben. Durch die schweren Brände in Jüterbog und Umgebung in die-



sem Sommer hatte es zudem auch noch höchste Aktualität. Der Termin für nächstes Jahr, der 20. November 2020, steht schon in meinem Kalender.

Vielen Dank an unsere Leiterin der Stadtbibliothek, Carola Langer, die sich seit Jahren sehr für eine erfolgreiche Teilnahme vieler Vorleserinnen und Vorleser, von der Rentnerin bis zu Schulkindern, einsetzt.

Maritta Böttcher,
Jüterbog

DABEI SEIN:

TERMINE UND AKTIONEN

Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht
12.1.2020, Berlin-Friedrichsfelde

Beratung Redaktion Linksblick
15.1.2020, 17.30 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Beratung Kreisvorstand
15.1.2020, 19 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Klausurberatung von Kreisvorstand und Kreistagsfraktion
25.1.2020, 9.30 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Kranzniederlegung zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus/Holocaustgedenktag
27.1.2020, 10 Uhr
Ehrenhain, Friedhof Ludwigsfelde
Luckenwalde Waldfriedhof
anschl. Stalag-Gedenkstätte

Landesparteitag Brandenburg
22.2. und 23.2.2020
Potsdam



DIE LINKE. Teltow-Fläming VOR ORT UND IM NETZ:

Geschäftsstellen und Bürgerbüros

14943 Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
Telefon: 03371 632267
Telefax: 03371 636936
E-Mail: info@dielinke-tf.de
dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Telefon: 03372 432691
Telefax: 03372 443033
E-Mail: tf.sued@dielinke-tf.de
dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde
Albert-Tanneur-Straße 17
Telefon: 03378 510653
Telefax: 03378 510654
E-Mail: ludwigsfelde@
dielinke-tf.de
dielinke-ludwigsfelde.de

[facebook.com/dielinke.tf](https://www.facebook.com/dielinke.tf)

Auch interessant:
dielinke-rangsdorf.de
dielinke-zossen.de
dielinke-blankenfelde-mahlow.de

Spendenkonto

Mittelbrandenburgische
Sparkasse Potsdam(MBS)
IBAN:
DE80 16050000 3633027415

**Leserbriefe
und Zuschriften sind
ausdrücklich
erwünscht.**

Nächste Ausgabe:

15. Februar 2020

Redaktionsschluss:

29. Januar 2020

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming
V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-teltow-flaeming.de
Redaktion: Maritta Böttcher
redaktion@dielinke-teltow-flaeming.de
Redaktionsschluss: 9. Dezember 2019
Layout und Druck: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
100% Recycling
Auflage: 2.000, Dezember 2019
Veröffentlichte Beiträge müssen
nicht in jedem Fall mit der Meinung
des Herausgebers übereinstimmen.

VORGESTELLT:



Einer von uns

Max Reimann

Eventmanager und Gewerkschafter, 32 Jahre alt, wohnt in Zossen.
Seit Januar 2017 Mitglied der LINKEN und seit der letzten Kommunal-
wahl Ortsbeirat in Zossen. Seit Dezember Mitglied im Kreisvorstand.

Was ist für dich links?

Links sein bedeutet für mich eine offene Kommunikation mit anderen Menschen, verbunden mit dem Versuch das natürliche Schubladendenken zu überwinden. Ich finde uns zeichnet die Hilfsbereitschaft und die Vielfalt aus.

Was regt dich auf?

Ich kann es nicht nachvollziehen, dass viele Menschen sich zum Teil massiv über Missstände beschweren, gleichzeitig aber nicht bereit sind etwas für eine mögliche Veränderung zu tun. Veränderung beginnt immer zuerst bei einem selbst.

Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?

Positiv, dass die Jugend es endlich geschafft hat sich auch deutlich politisch Gehör zu verschaffen. Ich habe viele Jahre lang mit Jugendlichen zusammengearbeitet und war immer der Meinung, dass viele Jugendliche sehr interessiert an ihrer Umwelt und ihren Mitmenschen sind. Sie wollen sich entsprechend ihrer Möglichkeiten aktiv einbringen. Zum Teil fehlen nur die Möglichkeiten dafür. Ich habe nie verstanden warum es hieß, unsere Jugend sei desinteressiert, oder gar faul. Erstaunt war ich über einige besondere Mitmenschen, die schon in der Kindheit anfangen sich zu engagieren. Ein sehr positives Beispiel konnte ich vor ein paar Jahren mit den Jugendlichen aus dem Jugendparlament in Jüterbog kennenlernen. Leider wurde in Jüterbog der amtierende Bürgermeister bei der letzten Wahl in seinem Amt bestätigt, das hat mich negativ überrascht und schlägt sich leider auch auf das Jugendparlament nieder.

Vaterland, Mutterland, Deutschland – wie gern lebst du hier?

Nun, ich bin froh in einem Land geboren zu sein, dass einen gewissen Entwicklungsstand hat, mit den Vorzügen der hygienischen Bedingungen, der sichergestellten Versorgung an Nahrungsmitteln, Strom, einer zumindest grundsätzlichen Absicherung und einer Demokratie. Diese Bedingungen hätte es in einigen anderen Ländern auch gegeben. Jetzt bin ich hier und setze mich dafür ein, dass Wohnort, Landkreis, Bundesland und Land lebenswert bleiben und sich im Positiven verändern, das tun zu können ist mir persönlich sehr wichtig.

Welche Eigenschaften schätzt du an Menschen besonders?

Ich mag die Vielfalt und Individualität. Jeder Mensch ist anders. Auch wenn das manchmal durchaus anstrengend sein kann. Ich schätze es sehr, wenn Menschen offen kommunizieren, empathisch sind und über ihren eigenen Tellerrand hinausschauen.

Wie sollte Zossen in zehn Jahren aussehen oder was wünschst du dir für Zossen?

Anders gesagt: wovon träumst du?

Ich wünsche mir ein gesamthafes Stadtentwicklungskonzept. Zossen ist eine schöne Stadt. Sie wächst stetig. Hier gilt es Entwicklungsmöglichkeiten zu erkennen und zu realisieren, sowie die Bedürfnisse der bestehenden Einwohnerschaft zu berücksichtigen. Ebenso wünsche ich mir eine bessere und sachorientiertere Diskussions- und Kommunikationskultur. Meine Hoffnung liegt hier auch in der neuen Bürgermeisterin, ich denke mit ihrer Wahl haben die Zossener einen Schritt in die richtige Richtung getan.

Was bedeuten dir Kunst und Kultur?

Das Interesse an Kunst und Kultur ordne ich im Bereich der Bildung und persönlichen Entwicklung ein. Wer die vorhandenen Angebote nutzt, entdeckt immer etwas Neues und lernt andere Menschen kennen. Zossen hat ein sehr vielfältiges Vereinsleben sowie einige Initiativen, in denen die Menschen zusammenkommen, und sich engagieren. Das gilt es unbedingt zu unterstützen. Ich höre gerne Musik und gehe auch öfter auf Konzerte. In dem Bereich haben Zossen und Umgebung Entwicklungspotential.

Keine Geschenke der
Rüstungsindustrie
Waffenexporte verbieten!

NORBERT MÜLLER MdB

Die Bundesregierung genehmigte dieses Jahr bereits 9.858 Anträge für Rüstungsexporte mit einem Gesamtvolumen von 7,4 Milliarden Euro. Lediglich 56 Anträge wurden abgelehnt.

facebook/norbert.mueller.dielinke
norbert.mueller@bundestag.de

DIE LINKE.